

4.7.09

Stellungnahme des Verbandes der Schulleiterinnen und Schulleiter (VSL ZH) zur Aussage von Frau RP Aeppli: „Schulen müssen über Vorstrafen informiert werden“

Zusammenarbeit vor Datenschutz!

Der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zürich begrüsst es sehr, dass Frau RP Aeppli die Forderung stellt, die Schulen über die Straftaten der Jugendlichen zu unterrichten.

Schon mehrfach hat der VSLZH die Forderung nach besserer Information der Schulen über problematisches Freizeitverhalten von Schülerinnen und Schülern an verschiedenen Orten deponiert und diese auch schon oft öffentlich gemacht. Mit Erleichterung nimmt der Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter des Kantons Zürich zur Kenntnis, dass diese Forderung nun endlich Schützenhilfe erhält, und dies erst noch in der Person von Frau RP Aeppli. Schulleitungen und Lehrpersonen stehen genauso unter Schweigepflicht wie alle anderen im Schulumfeld tätigen Personen. Es ist daher nicht einzusehen, warum Informationen zu Kindern und Jugendlichen von den verschiedensten Stellen (JUGA, Polizei, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst, Vormundschaftsbehörde etc.) nicht unaufgefordert und unbürokratisch über die Schulleitungen den Lehrkräften weitergegeben werden sollen. Nur wenn die Zusammenarbeit in dieser Art funktioniert, ist sie zum Wohle der Schule und der Schülerinnen und Schüler. Nur so kann Prävention greifen! Schon im Rahmen der heutigen Gesetze wäre ein Informationsfluss möglich!

Weitere Auskünfte: Peter Gerber, Präs. VSLZH

Natel: 079 316 88 23